

### **Berlin und Brandenburg – zwei Länder, eine Metropolregion.**

Berlin und Brandenburg sind mehr als nur Nachbarn. Beide Bundesländer sind nicht nur durch ihre geographische Lage und ihre gemeinsame Geschichte miteinander verbunden, sondern profitieren seit über 30 Jahren auf vielen Ebenen von ihrer engen Partnerschaft. Wir sind zwei Bundesländer, aber eine gemeinsame, dynamisch (zusammen)wachsende Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Berlin und Brandenburg sind eng verflochten und in beinahe jeder Hinsicht aufeinander angewiesen. Die großen Herausforderungen unserer Zeit werden wir nur gemeinsam bewältigen können. ‚Gemeinsam denken – gemeinsam handeln‘ muss die Leitschnur der zukünftigen Entwicklung der Metropolregion werden. Allzu oft scheitern Abstimmungen, Planungen und das politische Interesse am Geschehen im Nachbarland an administrativen Grenzen – und das, obwohl diese Grenzen im Alltag der Menschen eine immer geringere Rolle spielen. Es wird Zeit, die Region als Ganzes in den Fokus zu rücken.

Eine bessere Kooperation von Berlin und Brandenburg ist nötiger und dringender geboten denn je. Wirtschaftliche und demographische Entwicklungen machen an Landesgrenzen nicht Halt. So haben beispielsweise die Pandemie und der unzureichende Wohnungsneubau in Berlin dazu geführt, dass mehr und mehr Berlinerinnen und Berliner die Hauptstadt verlassen und in die umliegenden Brandenburger Landkreise ziehen. Mittlerweile ist der Zuzug nach Brandenburg so groß, dass auch dort die Mieten steigen und die Menschen Probleme haben, eine geeignete und bezahlbare Wohnung zu finden. Auch das wachsende Verkehrschaos angesichts stetig zunehmender Pendlerströme und der mangelnde Ausbau der Infrastruktur stellt für viele Menschen in der Metropolregion eine zunehmende Belastung dar. Allein diese Beispiele zeigen, dass Berlin und Brandenburg dringend ihre Zusammenarbeit intensivieren und politische Abstimmungsprozesse verbessern müssen. In den vergangenen fünf Jahren ließen leider weder der Senat von Berlin noch die Koalitionsfraktionen im Abgeordnetenhaus ernsthafte Bemühungen hierfür erkennen.

Es braucht einen neuen Geist der Gemeinsamkeit in unserer Metropolregion. Berlin und Brandenburg werden sich nur dann erfolgreich weiterentwickeln können, wenn sie gemeinsam die bestmöglichen Lösungen für die großen Fragen unserer Zeit entwickeln: Wie sorgen wir trotz steigender Einwohnerzahlen für ausreichend Wohnraum und stabile Mieten? Wie bewältigen wir den wachsenden Pendlerverkehr zwischen Berlin und Brandenburg so umweltverträglich wie möglich, ohne tägliche Staus auf unseren Straßen und übervolle Züge und Busse? Wie erreichen wir gemeinsam unsere klima- und energiepolitischen Ziele? Wie werden wir den

Wasserhaushalt der Region nachhaltig bewirtschaften? Und wie lösen wir den Fachkräftemangel, der Mittelstand und Handwerk sowohl in Berlin als auch in Brandenburg vor große Herausforderungen stellt?

Gemeinsam mit unseren Partnern im Nachbarland begreifen wir diese Aufgaben nicht nur als gemeinsame Herausforderung, sondern vor allem als gemeinsame Chance. Wir wollen nicht noch mehr verlieren. Wir müssen jetzt der Zusammenarbeit beider Länder neue Impulse geben und verbindlich gemeinsame Vorhaben und Ziele vereinbaren, die den Lebensalltag der Menschen in Berlin und Brandenburg verbessern und die Metropolregion Berlin-Brandenburg insbesondere wirtschaftlich zu einem europäischen Erfolgsmodell machen.

**Hierfür schlägt der Landesvorstand der CDU Berlin die folgenden Maßnahmen vor:**

### **Gründung einer „Metropolregion Berlin-Brandenburg“**

Bis heute fehlt es der Metropolregion an einer festen Struktur, an einem belastbaren und dauerhaften institutionellen Fundament. Zwar gibt es eine kaum übersehbare Vielzahl themenbezogener Staatsverträge beider Länder, notwendig wäre allerdings in unseren Augen ein arbeitsfähiges gemeinsames Metropolenmanagement.

Um eine besser geordnete und strategische Entwicklung der Metropolregion zu forcieren, schlagen wir die Gründung einer „Metropolregion Berlin-Brandenburg“ vor. Hierfür sollen Berlin und Brandenburg eine gemeinsame Entwicklungsgesellschaft gründen, an der sich auf freiwilliger Basis die Kommunen des engeren und weiteren Verflechtungsraum beteiligen.

Aufgabe der Gesellschaft soll die Entwicklung strategischer Leitlinien für die Metropolregion, die Vernetzung ihrer kommunalen und landespolitischen Akteure sowie das Eintreten für die Umsetzung von verabredeten Zielsetzungen bei den Entscheidungsträgern beider Länder sein. Darüber hinaus soll die Metropolregion das Management des Kommunalen Nachbarschaftsforums übernehmen und in die Entscheidungsprozesse der Region integrieren.

### **Metropolraumkonferenz**

Wichtigstes Entscheidungsgremium der Metropolregion soll eine zweimal jährlich tagende ‚Metropolraumkonferenz‘ werden, der die Kabinette beider Bundesländer, die Oberbürgermeister/-innen der teilnehmenden Gemeinden sowie die Bürgermeister/-innen der Berliner Bezirke angehören. In diesem Format sollen die strategischen Leitlinien für die Entwicklung der Region beschlossen und ihre Umsetzung anhand verbindlich verabredeter Meilensteine regelmäßig überprüft werden. Es sollen themenbezogen Ausschüsse gegründet werden, in die auch zivilgesellschaftliche Akteure zur Mitwirkung berufen werden. Das Vorschlagsrecht für den Vorsitz der Metropolraumkonferenz liegt beim Brandenburger Landtag, der oder die

stellvertretende Vorsitzende wird vom Abgeordnetenhaus Berlin bestimmt. Die Bundesländer sind paritätisch vertreten, es gilt das Konsensprinzip.

### **Metropolenausschuss**

Zur parlamentarischen Begleitung und Kontrolle der Arbeit der Metropolregion soll ein gemeinsamer Metropolenausschuss der Parlamente beider Bundesländer gebildet werden. Hierfür sind umgehend die verfassungsmäßigen Grundlagen zu schaffen.

### **Metropolenfonds**

Die Förderung von Projekten und Maßnahmen, die für die Entwicklung der Metropolregion insgesamt bedeutsam sind, soll zukünftig der Metropolregion übertragen werden. Hierfür übertragen die Länder der Region die erforderlichen Mittel. Es soll ein Metropolenfonds eingerichtet werden, aus dem gemeinsame Entwicklungsmaßnahmen jeweils anteilig zu finanzieren bzw. zu fördern sind.

### **Internationale Bauausstellung 2030**

Die Durchführung einer gemeinsamen Internationalen Bauausstellung in Berlin-Brandenburg kann zum Katalysator für eine zukunftsgerichtete institutionelle Verflechtung im Bereich der Infrastrukturentwicklung werden. Die Metropolregion wird deshalb zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie den Architektenkammern beider Länder mit der Entwicklung eines Umsetzungskonzepts für eine „Gemeinsam stark – IBA 2030 Berlin-Brandenburg“ beauftragt. Schwerpunkt der IBA soll die Optimierung von Entscheidungsprozessen der Regionalentwicklung am Beispiel von Leuchtturmprojekten der Dekarbonisierung in der Metropolregion sein.

### **Gemeinsame Standortpolitik**

Nicht zuletzt am Beispiel der erfolgreichen Ansiedlung von Tesla in Brandenburg wird deutlich, wie wichtig die inhaltlichen Anknüpfungspunkte sowie die Notwendigkeit für eine verbesserte Zusammenarbeit in der Metropolregion sind. Insbesondere Projekte von überregionaler Strahlkraft müssen stärker als bisher länderübergreifend begleitet werden. Dafür soll die Metropolregion einen industriepolitischen Masterplan entwickeln, der regionale Großprojekte benennt und die Strategien beider Bundesländer verzahnt. Der Metropolenfonds soll dabei helfen, finanzielle Hürden und unterschiedliche Zuständigkeiten bei gemeinsamen Projekten zu überwinden. Auch die Werbung für die Metropolregion im In- und Ausland muss verstärkt und die Außenwirtschaftskooperation beider Länder anhand strategischer Leitlinien intensiviert werden, um internationale Ansiedlungen zum Erfolg zu bringen.

### **Gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaft**

Brandenburg ist bei der Anwerbung von Unternehmen Spitze, davon profitiert auch Berlin in erheblicher Weise. Umgekehrt bieten auch Unternehmensansiedlungen in Berlin neue Perspektiven für die Entwicklung des Umlands. Um die gemeinsamen

Potenziale und Chancen noch besser zu nutzen, fordern wir, Gespräche zur Fusion der beiden Wirtschaftsförderergesellschaften (WFB und Berlin Partner) mit Brandenburg aufzunehmen und bei einer Zustimmung des Nachbarlandes diese schnell umzusetzen.

### **Industrieentwicklung fördern**

Die Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Industrie muss mit dem Ausbau des Clustermanagements und in Zusammenarbeit mit den ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gestärkt werden. Die Industrieentwicklung muss ein Schwerpunkt der von uns geforderten gemeinsamen Wirtschaftsförderergesellschaft von Berlin und Brandenburg werden. Moderne Infrastrukturlösungen für bestehende Industrieunternehmen und zur Förderung einer Ansiedlung sind dabei besonders zu fördern.

### **Fachkräftestrategie für die Metropolregion erarbeiten**

Gut ausgebildete Fachkräfte sind das Herzstück unseres Wohlstands. Gerade für den Mittelstand und das Handwerk, aber auch für die Industrie, ist der Fachkräftemangel eine der größten Herausforderungen. Deshalb wollen wir die Metropolregion beauftragen, gemeinsam mit der Berliner und Brandenburger Wirtschaft eine übergreifende Fachkräftestrategie zu erstellen, die auch die gemeinsame Anwerbung ausländischer Fachkräfte vorsieht. Dazu gehört auch, die Ausbildungsmobilität in der Metropolregion zu erhöhen. Denn während in Berlin im Jahr 2021 rund 2.000 Ausbildungsstellen fehlten, blieben in Brandenburg im gleichen Jahr rund 2.000 Ausbildungsplätze unbesetzt. Für die bessere Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse ist in einem ersten Schritt eine engere Angleichung bei den Kompetenzen und Standards in den Rahmenlehrplänen beider Länder zu prüfen. Außerdem müssen Kooperationen zwischen Ausbildungsbetrieben und zukünftigen Arbeitgebern in Berlin und Brandenburg gefördert und intensiviert werden. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob Berufsschulen künftig auch Berufsschülerinnen und Berufsschüler des jeweils anderen Bundeslandes unterrichten dürfen. Voraussetzung dafür ist die geringere Distanz zu einer im jeweils anderen Bundesland befindlichen Berufsschule sowie ein diesbezüglicher Konsens von Berufsschülerinnen und -schülern, Berufsschulen und Ausbildungsträgern. Mit der Zusammenführung der bestehenden länderspezifischen Förderungen der Verbundausbildung soll den Unternehmen außerdem zukünftig die Suche von Verbundpartnern in der gesamten Metropolregion ermöglicht werden.

## **EXPO Berlin-Brandenburg**

Wir wollen den Impuls aus der IHK Berlin für die Durchführung einer EXPO 2035 aufgreifen und regen an, hierfür ein dezentrales Konzept gemeinsam mit den Partnern der Metropolregion zu entwickeln. Dadurch wären nicht nur Konflikte um Flächennutzungen zu reduzieren, eine EXPO könnte auf diese Weise ähnlich einer IBA wichtige Entwicklungsimpulse für das nachhaltige Zusammenleben in der Region erzeugen.

## **Wasserstrategie 2050**

Prognosen gehen davon aus, dass der Trinkwasserbedarf in der Metropolregion aufgrund des Bevölkerungswachstums bis zum Jahr 2050 um voraussichtlich 50 Millionen Kubikmeter steigt. Gleichzeitig soll im selben Zeitraum die Grundwasserneubildung aufgrund des Klimawandels um 20 Prozent zurückgehen. Deswegen müssen Berlin und Brandenburg eine gemeinsame „Wasserstrategie 2050“ entwickeln, um zukünftigen Nutzungskonflikten etwa zwischen Industrie und Privathaushalten vorzubeugen. Im Rahmen dieser gemeinsamen Wasserstrategie müssen auch Konzepte erarbeitet werden, wie beispielsweise das Regenwasser aufgefangen und genutzt werden kann und Laub- und Mischwälder aufgebaut werden können, die Wasser deutlich besser speichern können als die Brandenburger Kiefernwälder.

## **Energie-Allianz**

Berlin und Brandenburg sind nach wie vor stark abhängig von fossilen Energiequellen. Sich aus dieser Abhängigkeit so schnell und so umfassend wie möglich zu befreien, ist nicht nur in Anbetracht von Putins Angriffskrieges gegen die Ukraine, sondern auch klimapolitisch dringend geboten. Damit eine schnelle und umfassende Transformation zu einer klimaneutralen, sicheren und wirtschaftlichen Energieversorgung gelingen kann, braucht es eine gemeinsame Energiestrategie beider Länder, die die Leitplanken für eine erfolgreiche Energiewende in der Metropolregion setzt. Hierfür soll die Metropolregion eine Energie-Allianz initiieren, die in enger Partnerschaft mit der Wirtschaft darauf abzielt, den zukünftigen Energiebedarf beider Länder so weit als möglich aus regionalen, erneuerbaren Quellen zu decken.

## **Mehr Verkehr auf die Schiene**

Die Metropolregion Berlin-Brandenburg hat das höchste Pendleraufkommen in ganz Deutschland. Der Ausbau der Infrastruktur hält jedoch bereits seit Jahren nicht mit dieser Entwicklung Schritt. Deswegen müssen wir die Schieneninfrastruktur in der Metropolregion im Rahmen des Projekts „i2030 – Mehr Schiene für Berlin und Brandenburg“ erheblich ausbauen. Dazu zählt unter anderem der Ausbau der Bahnstrecken nach Rangsdorf, Velten und Nauen. Wir setzen uns für den Wiederaufbau der Stammbahn zwischen Berlin und Potsdam, der Siemensbahn sowie der Heidekrautbahn ein. Durch regelmäßige Bahnverbindungen in einem engeren Takt und mit dem Ausbau aller Bahnstrecken auf Geschwindigkeiten von bis zu 200 km/h

wollen wir außerdem die Zentren des Landes Brandenburg (Brandenburg/Havel, Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam) noch besser und enger mit Berlin verknüpfen und damit Straßen entlasten. Die kreisfreien Städte sollten mehrmals stündlich per Metropolexpress mit Berlin verbunden werden. Die hierzu erforderlichen Abstimmungen mit der Brandenburger Landesregierung sowie den in Betracht kommenden Eisenbahnunternehmen müssen unverzüglich begonnen werden. Außerdem wollen wir darauf hinarbeiten, dass alle Berliner und Brandenburger S-Bahnstrecken wieder durchgängig zweigleisig befahrbar werden.

### **Tarifzone B ausweiten**

Wir wollen die Tarifzone B bis zum ersten Brandenburger Bahnhof hinter der Stadtgrenze ausweiten. Denn nur, indem wir den Berufspendlern ein Angebot machen, das sie finanziell entlastet, können wir sie dazu bewegen, schneller vom PKW auf den Regionalverkehr und den ÖPNV umzusteigen – und damit die Verkehrssituation nachhaltig entspannen. Auch der Flughafen BER sollte in den Tarifbereich B einbezogen werden.

### **Semesterticket ausweiten**

Wir wollen das Semesterticket für Studierende in Berlin auf den Geltungsbereich des VBB und damit das Land Brandenburg ausweiten, damit Berliner Studentinnen und Studenten die gleichen Tarifmöglichkeiten wie die Brandenburger Studentinnen und Studenten erhalten.

### **Masterplan Park & Ride entwickeln**

Rund 300.000 Menschen pendeln täglich zwischen Brandenburg und Berlin, viele nutzen dafür ihr Auto. Um Pendlern ein attraktives Angebot zum Umsteigen auf den öffentlichen Personennahverkehr zu bieten und so dauerhaft für weniger Staus und weniger Stress für alle Verkehrsteilnehmer zu sorgen, müssen in der Metropolregion mehr als 10.000 neue Park&Ride-Stellplätze mit einem besonderen Schwerpunkt an den ÖPNV-Haltestellen an der Berliner Stadtgrenze und im Umland geschaffen werden. Hierfür soll die Metropolregion einen gemeinsamen Masterplan entwickeln und durch eine Metropolraumkonferenz beschließen lassen.

### **Flughafen BER besser anbinden**

Wir wollen dafür sorgen, dass die gesamte Metropolregion vom Flughafen BER profitieren kann. Dafür benötigt der Flughafen vor allem eine schnelle und verlässliche Verkehrsanbindung. Sowohl das Straßennetz als auch das Streckennetz von Bus und Bahn muss deutlich ausgebaut werden: Dazu gehört neben der Tangentialen Verbindung Ost (TVO), der Süd-Ost-Verbindung (SOV), der Planung und Umsetzung des 16. und 17. Bauabschnitts der A 100 für uns insbesondere die Verlängerung der U7 bis zum Flughafen BER. Die Finanzierung ist zwischen Berlin, Brandenburg und dem Bund abzustimmen.

### **Binnentourismus fördern**

Die Metropolregion hat auch im Bereich Tourismus noch immer enorme Wachstumspotenziale. In Zeiten weiter steigender Flugpreise gewinnt die Region auch zunehmende Attraktivität für den Binnentourismus. Eine Herausforderung für das organische Wachstum der Tourismusbranche ist allerdings die verkehrliche Anbindung des Verkehrsnetzes. Berliner, die keinen Zugriff auf ein Auto haben, können viele Orte in Brandenburg nur schlecht erreichen, während Brandenburger umgekehrt oft keine Möglichkeit haben, in späten Stunden aus Berlin nach Hause zu fahren. Auch deshalb setzen uns für eine gemeinsame, länderübergreifende Planung und den zügigen Ausbau der ÖPNV-Verbindungen ein. Dazu zählt die Verbesserung der Querverbindungen zu den Bahnachsen sowie die Optimierung des PlusBus-Systems. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hilft dabei, den ländlichen Raum zu beleben und geht mit der damit verbundenen Schaffung von Arbeitsplätzen im Tourismusbereich einher. Diesen Tourismus wollen wir nachhaltig weiterentwickeln. Die Metropolregion soll hierfür eine gemeinsame Definition von Nachhaltigkeitsstandards erarbeiten, den Erhalt der Biodiversität, den Schutz der Naturlandschaften sowie eine Sensibilisierung der Gäste fördern. Die Schaffung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Kommunen sowie eine aktive Teilhabe der vor-Ort ansässigen Bevölkerung sind zentrale Ansatzpunkte für einen nachhaltigen Tourismus. Hierfür müssen Ansprechpartner mit klaren Verantwortlichkeiten benannt werden.

### **Zusammenarbeit bei Wohnbaulandentwicklung, Raumordnung und Regionalplanung stärken**

Die Metropolregion kann und muss einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg in den Bereichen der Wohnbaulandentwicklung, Raumordnung und Regionalplanung erheblich auszubauen. Wir wollen in diesem Zusammenhang auch die in Brandenburg liegenden stadtnahen Flächen im Eigentum des Landes Berlin auf ihre Eignung zur Bebauung oder ihre Nutzung als Ausgleichsfläche geprüft werden. Die Metropolraumkonferenz kann Treiber und Beschleuniger der notwendigen Entwicklung werden. Außerdem muss das Berliner Bezirksverwaltungsgesetz und das Allgemeine Zuständigkeitsgesetz überarbeitet werden, um die Möglichkeiten des Zusammenarbeitens mit den brandenburgischen Kommunen effektiver gestalten zu können.

### **Landesbauordnungen von Berlin und Brandenburg harmonisieren**

Brandenburg hat Ende 2020 die Vereinfachung seiner Landesbauordnung beschlossen. Damit ist das Bauen in unserem Nachbarland schneller, einfacher und umweltfreundlicher geworden. Anstelle der von der Berliner Koalition vorgesehenen Verkomplizierung und Verteuerung des Bauens ist eine weitgehende Angleichung der Berliner Bauordnung an die Brandenburgische Norm erforderlich, um einen wichtigen Schritt in Richtung Entbürokratisierung zu gehen. Hierfür müssen zeitnah die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.